

Gelsenkirchen

2025 - 2030

**Entwurf des Kooperationsvertrages
zwischen
SPD, CDU, Grüne und FDP**

Inhalt

Präambel	3
1. Ordnung, Sicherheit & Sauberkeit	4
2. Bildung	7
Bildungsinfrastruktur und Schulentwicklung.....	7
3. Kinder, Jugend und Familie	9
Jugendarbeit.....	11
Trägerlandschaft und gemeinsame Werte	11
4. Wirtschaft	12
Wirtschaftsförderung	14
Stadt- und Standortmanagement.....	14
Tourismus	14
Innenstadt.....	15
5. Stadtplanung	16
6. Mobilität	18
Straßenverkehr und Infrastruktur.....	19
Öffentlicher Personennahverkehr	20
Parken und ruhender Verkehr.....	20
Fahrradverkehr	20
Neue Mobilitätsformen und Zukunftsthemen.....	21
7. Klima, Energie, Umwelt.....	21
8. Arbeit und Soziales	23
Bereich Arbeit	24
Bereich Soziales und soziale Teilhabe.....	24
9. Gesundheit und Pflege.....	25
10. Sport	27
11. Kultur	29
12. Demokratie und Gesellschaft	31
Inklusion	31
Gewaltschutz	31
Gleichberechtigung	32
Vielfalt	32
13. Haushalt und Finanzen	35

Präambel

Die Ergebnisse der Kommunalwahl 2025 haben eine beispiellose politische Pluralität im Rat der Stadt Gelsenkirchen herbeigeführt. Vor diesem Hintergrund arbeiten die Parteien von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zusammen, um eine verlässliche Mehrheit sicherzustellen, die Handlungsfähigkeit unserer Heimatstadt sicherzustellen und sich den alltäglichen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu widmen. Die Herausforderungen unserer Stadt wollen wir dabei pragmatisch, sachlich und lösungsorientiert angehen – mit Blick auf konkrete Verbesserungen statt Symbolpolitik.

Im Bewusstsein unterschiedlicher politischer Profile eint die Kooperationspartner der Wille, das Gemeinwohl und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger über parteipolitische Einzelinteressen zu stellen und Gelsenkirchen als unsere gemeinsame Heimat weiterzuentwickeln: als lebenswerte, soziale und wirtschaftlich prosperierende Stadt, in der Sicherheit, Ordnung und Lebensqualität ebenso zählen wie Zusammenhalt, Teilhabe und faire Chancen für alle. Die Kooperation folgt dem Anspruch, das Verbindende in den Vordergrund zu stellen und Entscheidungen am Wohl der Stadt und ihrer Menschen auszurichten.

Grundlage der Zusammenarbeit ist das gemeinsame Verständnis einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Vernunft und soziale Belange in Einklang bringt. Eine moderne, leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung, transparente Entscheidungsprozesse und der offene Dialog mit den Menschen in allen Stadtteilen bilden dabei den Rahmen für eine konstruktive, respektvolle und verlässliche Zusammenarbeit – im Interesse Gelsenkirchens und der hier lebenden Menschen.

1. Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit

Für uns sind Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit zentrale Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinwesen. Ein sauberes, geordnetes und sicheres Umfeld stärkt das Sicherheitsgefühl, schützt den sozialen Frieden und schafft die Basis für Freiheit und gesellschaftliches Leben in Gelsenkirchen. Dazu gehört für uns auch eine städtische Infrastruktur, die den Alltag der Menschen unterstützt – etwa durch ein ausreichendes Angebot an öffentlichen Toiletten, gepflegte Orte und eine Gestaltung des öffentlichen Raums, die Angsträume durch Beleuchtung und städtebauliche Maßnahmen gezielt reduziert.

Ein zentraler Bestandteil gelebter Ordnung und Sauberkeit ist für uns GELSENDIENSTE. Wir erwarten effiziente, moderne und schlanke Strukturen, die Sauberkeit im Stadtgebiet zuverlässig sicherstellen und gleichzeitig Kosten verantwortungsvoll einsetzen. Die Probleme und strukturellen Fehlentwicklungen müssen konsequent aufgearbeitet werden, um Leistungsfähigkeit und Vertrauen wiederherzustellen. Deshalb setzen wir eine umfassende Strukturanalyse auf, die Abläufe, Organisation, Wirtschaftlichkeit und Verantwortlichkeiten prüft und die Grundlage für eine leistungsstarke Neuaufstellung bildet.

Wir wissen: Gelsenkirchen ist eine Großstadt mit allen dazugehörigen Herausforderungen. Prävention bleibt dabei ein zentraler Baustein: Die Präventionsräte vor Ort wollen wir stärken, sichtbarer machen und mit den nötigen Handlungsmöglichkeiten ausstatten. Zusätzlich schaffen wir einen kriminalpräventiven Rat. Dieser dient als Dachverband der Präventionsräte und soll die Ergebnisse bündeln, auswerten und Lösungsansätze behördenübergreifend klären. Wo nötig setzen wir an entscheidenden Stellen darauf, nicht auflösbare Problemlagen von sensiblen oder ungeeigneten Orten fernzuhalten und so die Lebensqualität in besonders belasteten Quartieren und zum Wohle unserer Innenstädte zu sichern.

Gleichzeitig steht für uns fest, dass starke Institutionen nur wirken, wenn sie präsent und erlebbar sind. Deshalb wollen wir an Schulen und Bildungseinrichtungen die Sichtbarkeit von Polizei, Feuerwehr und THW erhöhen und damit jungen Menschen früh Orientierung, Respekt vor staatlichen Akteuren und Zugang zu gesellschaftlichem Engagement ermöglichen. Ergänzend setzen wir uns für die Einführung eines Veteranentags ein, der den Dienst an unserem Land sichtbar würdigt.

Wo Regeln verletzt werden, braucht es konsequente Rechtsdurchsetzung. Bußgelder verstehen wir dabei ausdrücklich als Steuerungsinstrument, das Wirkung entfalten muss. Unsere Null-Toleranz-Strategie bildet hierbei den klaren Rahmen: Wer öffentliches Eigentum beschädigt, die Stadt verschmutzt oder geltende Ordnungsvorgaben missachtet, muss spürbare Konsequenzen erfahren.

Konkret setzen wir um:

- Bedarfsgerechter Ausbau der Diensthundestaffel beim Kommunalen Ordnungsdienst, um auf komplexe Einsatzlagen angemessen reagieren zu können.
- Einführung weiterer Einschränkungen für öffentliches Grillen zur Vermeidung von Vermüllung, Brandgefahren und Nutzungskonflikten.
- Nutzung ordnungsbehördlicher Verordnungen zur Unterbindung der Zweckentfremdung öffentlicher Brunnen und Wasserspiele. Situationen, wie heute am Wasserspiel in der unmittelbaren Nähe des Hans-Sachs-Hauses, werden wir zukünftig verhindern.
- Ausbau der Videoüberwachung bis zur maximal zulässigen rechtlichen Grenze; enge Abstimmung mit der Polizei zur Identifikation zusätzlicher schutzbedürftiger Orte.
- Erweiterter Einsatz von KI-gestützten Systemen auf Spielplätzen, Schulhöfen und weiteren sensiblen Bereichen.
- Wir setzen darauf, Verursacher zur Verantwortung zu ziehen. Deshalb sorgen wir für verstärkte Überwachung bestehender Müllhotspots sowie zusätzlicher Einsatz mobiler technischer und datenschutzkonformer Überwachungsmaßnahmen. Die Müldetektive werden wir entsprechend ihrer Tätigkeitsbeschreibung einsetzen.
- Konsequente Ausreizung aller rechtlichen Möglichkeiten zur Zwangsabmeldung bei fehlender oder unzulässiger Wohnsitznahme.
- Maßnahmenpaket zur Verringerung der Attraktivität ungeregelter Armutszuwanderung, insbesondere durch konsequente Anwendung bestehender rechtlicher Spielräume bis zum Verlust der Arbeitnehmerfreizügigkeit.
- Einsatz vandalismussicherer, digital vernetzter und smarter Abfallbehälter im öffentlichen Raum.
- Strukturelle Weiterentwicklung und Modernisierung von GELSENDIENSTE zur Steigerung von Effizienz und Sauberkeit im Stadtgebiet.
- Einrichtung einer „SOKO Sperrmüll“ in Verbindung mit einer Stärkung der Interventions-teams zur unmittelbaren Beseitigung und vor allem Ahndung illegaler Ablagerungen.
- Deutliche Erhöhung der Strafen für Vermüllung, Umweltverschmutzung und ordnungsrechtlich sozialdeviantes Verhalten im öffentlichen Raum.

- Einführung eines generellen Messerverbots an Schulen und allen anderen kommunalen Einrichtungen.
- Den Einsatz der GEmeldet-App wollen wir durch Vereinfachung und Verbesserung ausbauen.
- Bis zur flächendeckenden Beseitigung der Ursachen setzen wir nach dem erfolgreichen Pilotversuch auf die Verstetigung und den Ausbau der Sonderreinigungstrupps.
- Wir setzen auf das Potential der vielen Augen: Mit Vernetzung und Meldemöglichkeiten für KOD und alle anderen Mitarbeiter der Stadt, die täglich unterwegs sind, schaffen wir schnellere Reaktionen bei Müll oder anderen Problemen.
- Auch Eigentum verpflichtet: Vermüllung auf Privatgrundstücken, die negative Auswirkungen auf Stadtbild oder Umfeld hat, setzen wir direkte und ausnahmslose Sanktionen entgegen.
- Wir nutzen den Datenschatz: Ob übervolle Mülltonnen oder wiederkehrende Verschmutzung: Aus den vorhandenen und neu erhobenen Informationen werden wir künftig mit sinnvollem Data Mining Konsequenzen ableiten und so die Sauberkeit und das Vorgehen gegen Verursacher verbessern.
- In den Abendstunden bilden Ruhestörungen die Haupteinsätze der Polizei. Wir setzen auf Einsatzzeiten des kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) bis 24 Uhr, um die Polizei zu entlasten. Diese kann dann freigesetzte Kapazitäten für wichtige, sicherheitsrelevante Aufgaben einsetzen.
- Wir wollen in Abstimmung mit der BOGESTRA und GELSENDIENSTE die Möglichkeit zu Frontkameras auf deren Fahrzeugen prüfen, um über eine datenschutzkonforme, automatisierte Datenweiterleitung an den kommunalen Ordnungsdienst (KOD) Parkverstöße und Vermüllung im Stadtgebiet effizienter ahnden und bekämpfen zu können.
- Wir sorgen für eine gute Feuerwehr-Infrastruktur: Die Instandhaltung der Standorte und optimale Ausstattung ist Ziel unseres Handelns. Darüber hinaus prüfen wir, wie wir die Arbeit der Feuerwehrfrauen und -männer bei der Berufsfeuerwehr und den freiwilligen Feuerwehren anerkennend unterstützen können, z. B. durch die kostenfreie Nutzung städtischer Schwimmbäder.

2. Bildung

Bildung ist der Schlüssel zu sozialer Teilhabe, Chancengleichheit und einer erfolgreichen Zukunft unserer Stadt. Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen – unabhängig von Herkunft und sozio-ökonomischem Hintergrund, bestmögliche Bildungsbedingungen zu bieten. Dafür denken wir Bildung ganzheitlich: von der frühkindlichen Förderung über die schulische Bildung bis hin zu außerschulischen Lern- und Entwicklungsangeboten. Wir investieren in moderne Bildungsorte, verlässliche Bildungswege und starke Netzwerke zwischen Schule, Familie, Kultur, Sport und Jugendhilfe.

Bildungsinfrastruktur und Schulentwicklung

Wir werden Bildungsgebäude modernisieren und die Digitalisierung konsequent und zielgerichtet weiter ausbauen. Bei Neubauten und Modernisierungen legen wir besonderen Wert auf durchgängige, partizipative und innovative Raumkonzepte, die moderne Lernumgebungen ermöglichen und pädagogische Entwicklungen unterstützen. Gerade vor dem Hintergrund ihrer (wachsenden) Raumbedarfe werden auch die Bestandsschulen fortlaufend mitberücksichtigt.

Konkret setzen wir um:

- Die Gesamtentwicklung des Berger Feldes soll die Ersatzbauten der Gesamtschule sowie die Umsetzung des Bäderkonzeptes umfassen und damit einen zukunftsfähigen Bildungs- und Bewegungsstandort schaffen.
- Die geplante Schule am Junkerweg wird als Realschule umgesetzt. An dieser und an weiteren Realschulen prüfen wir die Möglichkeit von Hauptschulbildungsgängen für Schulformwechsler.
- Mit den beiden neuen Gesamtschulen (Europastraße und Consol) sollte der Bedarf an Gesamtschulplätzen gedeckt werden können. Ab dem Schuljahr 2026/2027 (mit Start der Gesamtschule Europastraße) besteht keine Notwendigkeit mehr für ein vorgezogenes Anmeldeverfahren (Ausnahme: Evangelische Gesamtschule in privater Trägerschaft). Wir berücksichtigen die Anmeldezahlen und suchen das Gespräch mit Verwaltung und Bezirksregierung.
- Bei ausdrücklichem Wunsch der Schule, stimmen wir der Umsiedlung des Berufskollegs am Goldberg an den Bildungscampus zu. In diesem Fall werden wir das Quartier am Goldberg zu einem städtebaulich innovativen Projekt entwickeln, auch, um den Abzug der Schülerinnen und Schüler und deren Kaufkraft zu kompensieren. Dafür sollen zeitnah die stadtplanerischen Voraussetzungen geschaffen werden. Anzustreben ist ein Mix aus

Bildung, Service, hochwertigem Wohnraum und begrünten Plätzen. Weiterhin forcieren wir Ansiedlung einer Landesbehörde oder einer Außenstelle der Westfälischen Hochschule; im Falle der Nicht-Realisierbarkeit des letztgenannten Vorhabens setzen wir auf die Schaffung einer neuen Realschule am Standort.

- Wir wollen Bildungsketten sichern, regelmäßig evaluieren und gezielt weiterentwickeln. Ein zentrales Instrument zur Förderung von Bildungsgerechtigkeit ist dabei die Schulpflichtüberwachung, die konsequent und unterstützend genutzt werden soll. Gleichzeitig sichern wir die bestehenden Familienzentren und bauen Beratungsangebote an weiterführenden Schulen weiter aus, um Schülerinnen und Schüler sowie ihre Familien passgenau zu begleiten.
- Kultur und Sport sollen stärker an Schulen angebunden werden. Außerschulische Bildungs-, Kultur- und Sportangebote werden besser sichtbar gemacht und systematisch vernetzt, um ganzheitliche Bildungs- und Entwicklungschancen zu fördern.
- Wir investieren gezielt in (Schul-)Wege, Gebäude und Einrichtungen, die soziales Miteinander stärken. Ordnungspolitische Maßnahmen im öffentlichen Raum sollen, wo sinnvoll und rechtlich möglich – auch auf Schulgeländen außerhalb der Schulzeiten Anwendung finden.
- Die Schulbauaktivitäten werden mit dem Ziel weiterentwickelt, Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen. Dabei sollen die Perspektiven der GE GmbH einbezogen und ein klar strukturierter Investitionsplan ausgearbeitet werden.
- Die Digitalisierung an Schulen wird evaluiert, um sicherzustellen, dass technische Ausstattung, pädagogische Konzepte und Qualifizierung des Personals sinnvoll ineinander greifen und einen echten Mehrwert für den Unterricht
- Privatschulen ersetzen nicht, sondern ergänzen das staatliche Schulsystem, tragen neuen pädagogischen Entwicklungen Rechnung und kommen den Wünschen von Eltern entgegen. Daher stehen wir der Einrichtung einer privaten Schule (Grundschule oder Sekundarstufe I/II) oder einer privaten Hochschule positiv gegenüber und wollen eine entsprechende Entwicklung ermöglichen. Die Voraussetzung: Der Schulträger verpflichtet sich, das staatliche Bildungsziel nach § 100 SchulG NRW zu verfolgen, er wahrt die freiheitlich-demokratische Grundordnung nach Artikel 7 GG in Verbindung mit § 2 SchulG NRW und setzt ausschließlich staatlich anerkannte Schulkräfte nach § 102 SchulG NRW ein. Eine religiöse Unterweisung darf nicht den Kern des Unterrichts bilden und Vorrang vor dem staatlichen Curriculum erhalten. Die staatliche Schulaufsicht nach § 104 SchulG NRW muss garantiert werden.

3. Kinder, Jugend und Familie

Familien und soziale Gerechtigkeit sind der Kern unserer Stadtgesellschaft. Beides gehört für uns untrennbar zusammen. Eine starke Zukunft für Gelsenkirchen entsteht nur dann, wenn alle Menschen echte Chancen haben und die Unterstützung erhalten, die sie für ein selbstbestimmtes Leben brauchen – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder einer Behinderung.

Die Realität ist klar und unbequem: Gelsenkirchen hat eine der höchsten Jugendarbeitslosenquoten und die höchste Kinderarmutsquote in Deutschland. Das ist kein Randproblem und genau hier setzen wir an. Wir stellen Kinder, Jugendliche und Familien in den Mittelpunkt unserer Politik.

Dabei verlieren wir die strukturellen Veränderungen nicht aus dem Blick: den demografischen Wandel, die wachsende Zahl von Alleinerziehenden, die Integration geflüchteter Familien sowie die steigenden Anforderungen an Betreuung, Bildung und Erziehung. Diese Entwicklungen verlangen entschlossene politische Entscheidungen. Diese werden wir im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten treffen.

Ein zentraler Hebel ist der konsequente Ausbau und die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung. Jedes Kind hat ein Recht auf gute Bildung von Anfang an. Herkunft darf nicht über Lebenswege entscheiden. Dafür braucht es ausreichend Plätze, gut ausgestattete Einrichtungen und faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Familienpolitik heißt für uns ein verlässliches Netz der Solidarität. Niemand darf zurückgelassen werden – weder durch Armut im Alter, durch prekäre Arbeit noch durch fehlende Teilhabechancen für Migrantinnen und Migranten. In Gelsenkirchen brauchen wir dafür eine klare, ganzheitliche Strategie, die vorbeugt, unterstützt und eingreift, wo es nötig ist.

Konkret setzen wir um:

- Wir streben einen konsequenten Ausbau von Kindertagesbetreuungsplätzen an. Wir legen dabei einen Schwerpunkt auf U3-Betreuungsplätzen. In den Einrichtungen wollen wir vor allem Qualitätsstandards der Sprachförderung sowie der sozial-emotionalen Förderung stärken. Um den Platzausbau enger politisch zu begleiten, werden wir jährliche Versorgungsquoten, differenziert nach U3 / Ü3, im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familien beschließen und halbjährliche Berichte der Verwaltung auswerten. Bei einer Unterdeckung der Versorgungsquoten werden wir entsprechende Maßnahmenpakete auf den Weg bringen, um die Versorgungsquoten zu erreichen. Parallel wollen wir an den Strukturen der Kindertagespflege festhalten und dulden keine weiteren Absenkungen von Betreuungszahlen. Zudem soll eine Evaluation der Familienzentren stattfinden.

- Sprachförderung ist eine zentrale Voraussetzung für Bildungserfolg. Unsere Zielsetzung ist eine verbindliche, qualitativ hochwertige Sprachförderung entlang der gesamten Bildungskette. Wie setzen uns für den Ausbau der frühkindlichen Bildung mit verpflichtender Sprachförderung ein, um den Anteil der Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse nachhaltig zu reduzieren. Der Sprachanteil in Kitas und Schulen wird klar definiert und pädagogisch fundiert ausgestaltet.
- Bewährte Konzepte und Best-Practice-Beispiele, zum Beispiel im Rahmen von Kinderstuben, sollen gezielt ausgebaut und weiterentwickelt werden, um frühzeitig Sprachkompetenzen zu stärken und Bildungsungleichheiten abzubauen.
- In diesem Rahmen setzen wir uns für die Gründung bilingualer Kitas und Grundschulen für die Sprachen englisch, französisch und/oder spanisch in Gelsenkirchen ein.
- Wir werden jedem Kind aktiv ab dem dritten Lebensjahr einen Kitaplatz anbieten. Wir sprechen uns für ein verpflichtendes Kitajahr aus und setzen uns auf Landesebene für eine entsprechende Gesetzgebung ein.
- Bei der Nutzung des Kitaportals setzen wir zukünftig auf einen Abgleich mit den Einwohnermelddaten, zur Evaluation und Weiterentwicklung der Kita Plätze.
- Wir werden die Schutzkonzepte städtischer Einrichtungen evaluieren und sie ggf. neu ausrichten. Wir werden alle Verträge zwischen dem öffentlichen Träger und den freien Trägern überprüfen, inwieweit diese bedarfsgerechter gestaltet werden können. Ziel dabei ist eine Verbesserung der Zusammenarbeit handelnder Akteure.
- Wir streben die Einführung eines Hauses des Jugendrechts an. Mit Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Schule werden wir noch engere Kooperationen schließen. Um die Jugendkriminalität einzudämmen, werden wir ein integriertes Konzept zur Bekämpfung von Jugendkriminalität erarbeiten. Dieses soll auf Prävention ausgerichtet sein und bessere Schnittstellen zwischen Sozialarbeit, schulische Unterstützung und gezielten Hilfen für gefährdete Jugendliche umfassen.
- Wir werden Schulabsentismus in Gelsenkirchen bekämpfen. Wir werden Maßnahmen ergreifen, die alle gesetzlichen Möglichkeiten erfassen und Konsequenzen in die Wege leiten. Dies umfasst ebenso die Ursachenermittlung wie auch die Umsetzung von Sanktionen bis hin zum Entzug staatlicher Leistungen.
- Zusätzlich werden wir dafür eine intensivere Kooperationen zwischen Jugendamt, Schule und Sozialarbeit anregen und stärken. Wir wollen allen Jugendlichen Perspektiven in Gelsenkirchen aufzeigen und daher wirksame Instrumente gegen Jugendarbeitslosigkeit erarbeiten. Insbesondere wollen wir mehr Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen

und der lokalen Wirtschaft ermöglichen sowie die Jugendberufshilfe auf den Prüfstand stellen und notwendige Umstrukturierungen zeitnah einleiten. Wir prüfen Förderprogramme für schwer vermittelbare Jugendliche in den Ausbildungsmarkt.

Jugendarbeit

Wir wollen den Kinder- und Jugendförderplan aktiv mitgestalten. Dafür wollen wir eine bedarfsgerechte und transparente Ausgestaltung und werden eine aktive Themensetzung mit digitalen Kompetenzen und mentaler Gesundheit von Kindern und Jugendlichen vornehmen. Wir werden den Ausbau mobiler Angebote prüfen und sichern Jugendhilfeeinrichtungen ab, die vulnerable Gruppen in ihrem Alltagsleben und in Krisensituationen unterstützen. Grundsätzlich wollen wir eine Jugendarbeit, die fördert und fordert sowie präventive und reaktive Maßnahmen für junge Menschen ermöglicht. Wir werden ein Pilotprojekt initiieren, das es jungen Menschen ermöglicht, einen selbstorganisierten Ort zu schaffen, der ohne Konsumzwang besteht. Wir werden diesen an eine bestehende Kinder- und Jugendeinrichtung angliedern.

Konkret setzen wir um:

- Wir werden die politische Teilhabe und Beteiligung junger Menschen aktiv fördern. Um dies zu erreichen, werden wir Projekte der Demokratiebildung sowie den Jugendrat stärken. Letzteres wollen wir durch intensivere Beteiligung in städtischen Gremien erreichen. Wir wollen einen inklusiven Spielplatz schaffen auf dem Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam spielen können. Dies bedeutet für uns Teilhabe aller Kinder und soll Berührungsängste abbauen.
- Die aktuelle Situation im Jugendamt werden wir verbessern. Wir wollen dazu digitale Beratungszugänge des Jugendamts weiter ausbauen. Wir führen zur Entlastung der Beschäftigten zudem eine verbindliche Prozessbemessungsgrenze mit entsprechender Personalentwicklung ein. Wir wollen ein Jugendamt, dass aktiv Themen weiterentwickelt, daher prüfen wir den Ausbau weiterer qualifizierender Fortbildungen. Um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, prüfen wir eine Förderung praxisintegrierter Ausbildungsmodelle wie z. B. der dualen Ausbildung.

Trägerlandschaft und gemeinsame Werte

Wir bekennen uns zu einer vielfältigen Trägerlandschaft in unserer Stadt und werden diese auch weiterhin stärken. Wir führen transparente und bedarfsorientierte Förderstrukturen weiter und evaluieren sie. Wir regen gemeinsame Qualitätsstandards unter Wahrung der

Eigenständigkeit der Träger an, um schlagkräftigere Strukturen zu entwickeln. Wir erwarten von allen Trägern, die öffentliche Gelder erhalten, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dazu gehören für uns ebenfalls die Wertschätzung von europäischen Traditionen als auch die Achtung individueller Freiheitsrechte.

4. Wirtschaft

Die Kooperationspartner verfolgen gemeinsam das Ziel, Gelsenkirchen als lebenswerte, wirtschaftlich stabile und sozial ausgewogene Stadt weiterzuentwickeln. Leitlinien des gemeinsamen Handelns sind wirtschaftliche Vernunft, soziale Verantwortung und ökologische Nachhaltigkeit sowie eine verlässliche und handlungsfähige Stadtpolitik. Wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft mit den Säulen Wachstum, Solidarität und Mitbestimmung und zu fairen Wettbewerbsbedingungen. Ziel ist es, Arbeitsplätze zu sichern, neue Betriebe anzusiedeln, Innovation zu fördern und den Wirtschaftsstandort Gelsenkirchen nachhaltig zu stärken. Dafür braucht es faire Wettbewerbsbedingungen, Innovationsoffenheit und ein gutes Investitionsklima.

Wir bekennen uns zur klimaneutralen Wirtschaft, setzen aber auf Maßnahmen mit realistischer Gesamtbilanz im Sinne der Klimaökonomie. Gleichzeitig wollen wir regionale Netzwerke, Kooperationen und Industriepolitik aktiv gestalten – etwa durch Ausweisung und Entwicklung neuer Industrieflächen, besonders auf ehemaligen Bergbauarealen. Gute Arbeit braucht gute Bedingungen. Steuererhöhungen werden in dieser Wahlperiode nicht angestrebt.

Wir haben mit dem interkommunalen Gewerbegebiet „Neue Zeche Westerholt“ wichtige Weichen für neue Wertschöpfung und Beschäftigung gestellt. Auch die Fläche der ehemaligen Zeche Hugo an der Devesestraße muss weiterentwickelt werden. Sie bietet große Chancen – insbesondere für einen technologie- und hochschulnahen Standort mit Förderperspektive über das 5-Standorte-Programm.

Die Wirtschaftsförderung wurde personell und inhaltlich neu aufgestellt. Jetzt gilt es, das neue Einzelhandelskonzept umzusetzen, neue Flächenpotenziale zu sichern und eine aktive Ansiedlungspolitik zu betreiben. Die Förderung der digitalen Wirtschaft durch Start-Ups, digitale Infrastruktur, Gründerzentren und Co-Working-Spaces ist ebenso zentral wie die Stärkung der Gründungskultur.

Die Politik der kommenden Jahre muss darüber hinaus die Förderung ganzer Quartiere in den Mittelpunkt stellen, sodass alle Bereiche wie Bildung, Versorgung, Freizeit, Handel und Wirtschaft, im Zusammenspiel eine nachhaltige, attraktive und lebenswerte Stadtstruktur erzeugen.

Konkret setzen wir um:

- Die Zusammenarbeit mit der Westfälischen Hochschule wird intensiviert. Die Gründung eines Start-up-Zentrums in räumlicher Nähe zur Hochschule wird geprüft. Gründungszentren, Co-Working-Spaces und die digitale Wirtschaft werden weiter gestärkt.
- Wir setzen auf die konsequente Entwicklung unserer Wirtschaftsflächen. Um neue Flächen zu sichern, zu erschließen und planungsrechtlich abzusichern, werden wir mit einer Flächenentwicklungsgesellschaft (bevorzugt angesiedelt bei der heutigen SEG) gezielt Potentialflächen für Wirtschaft und Wohnen angehen und ggf. auch planungsrechtlich neu bewerten.
- Wir schützen den Einzelhandel und setzen konsequent die Beschlüsse des Rates um: Den Verkauf von Neuwaren auf Flohmärkten auf kommunalen Flächen werden wir aus ordnungs- und einzelhandelspolitischer Sicht zurückfahren und soweit möglich vollständig unterbinden, um Fehlentwicklungen entgegen zu wirken. Wir weisen die Stadtverwaltung an, bei neuen Verträgen und bei jeder Befassung mit bestehenden Verträgen oder den Vertragspartnern die geltenden Beschlüsse des Rates ausnahmslos durchzusetzen.
- Wir unterstützen die Entwicklung von Gastronomie und Nachtleben nicht nur städtebaulich und genehmigungsrechtlich, sondern schaffen zusätzliche Angebote wie z.B. ein Frauen-Nachttaxi, um die Attraktivität zu steigern.
- Das Einzelhandelskonzept wird kontinuierlich weiterentwickelt. So sichern wir die wohnortnahe Versorgung. Durch eine regelmäßige und kleinteilige Fortschreibung stellen wir zukünftig sicher, dass sich Einzelhandel überall bürgerorientiert entwickeln kann. Dysfunktionale Bereiche gehen wir zeitnah konzeptionell an.
- Wir fördern kleinere Betriebe, stärken die Begleitung bei der Unternehmensnachfolge und sichern so hochwertige Arbeitsplätze in unserer Stadt.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Handwerk in Gelsenkirchen gestärkt wird. Neben der Bereitstellung neuer Flächen unterstützen wir die Betriebe vor Ort und stehen einer Erweiterung am jeweiligen bestehenden Standort wohlwollend gegenüber. Die Verwaltung wird gebeten, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit solche Erweiterungen erfolgreich umgesetzt werden können, soweit sie nicht gegen geltende Gesetze verstößen. Ein Handwerkerzentrum soll zudem den Standort für lokale Betriebe verbessern.

Wirtschaftsförderung

Wir setzen den begonnenen Weg für die Wirtschaftsförderung fort: Die aufgestockte und ausgebauten Wirtschaftsförderung der Stadt steht auch im Wettbewerb mit den Aktivitäten anderer Städte. Wir bringen daher die weitere Stärkung der Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung eines erweiterten Aufgabenspektrums auf den Weg und prüfen auch, ob die im letzten Gutachten skizzierten Vorteile einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft weiter bestehen. Als Leitlinie gilt: Die Zufriedenheit der Unternehmen ist ein zentrales Ziel des Handelns.

- Vorzüge zeigen: Wir setzen über die Wirtschaftsförderung im Rahmen einer Unternehmenstour Maßnahmen in anderen Regionen wie z. B. dem Münsterland um, um die Vorzüge Gelsenkirchens zu zeigen und für den Standort als Brückenkopf im Ruhrgebiet zu werben.
- Um über Veränderungen am Unternehmensstandort Gelsenkirchen und die Bedarfe der lokalen Wirtschaft zeitnah informiert zu werden und zielgerichtet handeln zu können, werden wir den Dialog mit der Wirtschaft neu organisieren.
- Großveranstaltungen in der ARENA und die IGA 2027 haben das Potential den Wirtschaftsstandort und Freizeitstandort Gelsenkirchen zu stärken. Diese Chancen müssen genutzt werden.

Stadt- und Standortmanagement

Das Marketing für die Stadt wird professionalisiert und strategisch neu ausgerichtet. Dazu werden wir zunächst die Rahmenbedingungen für Stadt- und/oder Standortmarketing festlegen. In einer neuen Organisationsform werden wir auch Themen wie die Werbeflächenentwicklung prüfen. Großveranstaltungen und überregionale Projekte werden wir gezielt zur Standortstärkung nutzen.

Tourismus

Tourismus trägt nicht nur zum Imagegewinn Gelsenkirchens bei, sondern auch zur Stärkung der heimischen Wirtschaft: Mit Blick auf die IGA 2027 und die Großevents in der Arena wollen wir den Tourismusbereich stärken. Die Kooperationspartner plädieren daher dafür, den Bereich prominenter, nachhaltiger und medienwirksamer zu bespielen. Bei der Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung und des Stadt- und/oder Standortmarketings soll auch der Tourismus stärker betrachtet werden.

Innenstadt

Einigkeit besteht darin, dass Handel allein nicht mehr reicht. Die Kooperationspartner wollen einen neuen Lebensraum schaffen, einen Mix aus Wohnen, Kultur, Gastronomie, Dienstleistung, Sport, Handwerk und Manufakturen in den Zentren (City & Buer). Ziel ist dabei, die Aufenthaltsqualität, wirtschaftliche Attraktivität und soziale Nutzung zu stärken. Wir unterstützen verkaufsoffene Tage und attraktive Shoppingerlebnisse, niedrige Gebühren für Sondernutzungen und eine Umgestaltung, die dem Klimawandel gerecht wird: mehr Grün und Wasser in der Stadt.

Konkret setzen wir um:

- ein aktives Leerstandsmanagement durch die Wirtschaftsförderung, einschließlich Zwischennutzungen und aufsuchender Ansprache von Immobilieneigentümern. Wir nehmen die Immobilienbesitzer in die Pflicht und schöpfen konsequent alle rechtlichen Möglichkeiten bei Leerständen in den Innenstädten aus. Unser Ziel ist es, Leerstände durch aufsuchende Wirtschaftsförderung zu vermeiden.
- Aufenthaltsqualität steigern: Mobiles Grün, mit zusätzlicher Anpflanzung von Bäumen und mehr Wasserflächen als Antwort auf städtebauliche Defizite und zur Stärkung der Klimaresilienz. Alle Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität sehen wir unter dem Aspekt der Kaufkraftorientierung und Frequenzsteigerung. Wir prüfen ein Machbarkeitskonzept zur klimaresilienten Umgestaltung der Innenstadtbereiche;
- bei Aufenthaltsräumen denken wir immer die besondere Situation in Gelsenkirchen mit: Wir wollen Aufenthaltsräume nur mit einem Gastronomiekonzept für alle Altersgruppen, um die Stadt zu beleben;
- die Förderung von Außengastronomie, Pop-up-Konzepten, Wochen-, Quartiers- und Weihnachtsmärkten;
- Märkte und Feste fördern wir, verkaufsoffene Sonntage ermöglichen wir überall, wo der Handel es für richtig hält und keine gesetzliche Regelungen dem entgegenstehen. Unsere Feierabendmärkte sind ein Erfolgsmodell, daher entwickeln wir sie weiter und setzen auf den Ausbau durch gezielte Werbung und Rahmenprogramme.
- Mit der Förderung bzw. Re-Etablierung der Weihnachtsmärkte in Altstadt und Buer erfüllen wir einen Bürgerwunsch – mit dem Ziel einer tragfähigen, perspektivisch wieder eigenständigen Struktur. Dazu gehört für uns selbstverständlich auch eine adäquate Weihnachtsbeleuchtung.

- Wir werden die Attraktivität der Wochenmärkte stärken und die Markthändler mit in die Konzepte einbeziehen. Der Wochenmarkt in Buer muss erhalten bleiben und zukunftssicher gemacht werden. Er soll wieder eine Strahlkraft über Buer hinaus entwickeln. Perspektivisch prüfen wir zur Attraktivitätssteigerung in Absprache mit den Marktbetreibern und -beschickern eine Überdachung des Marktplatzes unter Abwägung aller Vor- und Nachteile.
- Wir unterstützen die Idee der Werbegemeinschaften und City-Managements in den Zentren unserer Stadt. Wir unterstützen die bestehenden Werbegemeinschaften sowie weitere Gründungen;
- Die Innenstädte sollen familien- und kinderfreundlich gestaltet werden, unter anderem durch private Indoor-Spielangebote. Die Stadt tritt dabei nicht als Betreiber auf.
- Zur Verbesserung der Infrastruktur werden zentrale, barrierefreie öffentliche Toiletten mit erweiterten Öffnungszeiten bis in den Abendangestrebt. (Bezieht sich auf die Feierabendmärkte und muss daher in diesen Abschnitt)

5. Stadtplanung

Stadtentwicklung und Stadtplanung sind langfristig angelegte Prozesse mit dem Ziel die Lebensqualität innerhalb des urbanen Raums für die Menschen zu verbessern und zu optimieren. Hierbei geht es nicht nur um eine geordnete Bebauung mit Wohnungen, Gewerbe-, Industrie und Wohnungsbauten, sondern vielmehr um die Schaffung einer Infrastruktur, wozu der Bau und Umbau der Verkehrswege genauso gehören, wie der Um- und Ausbau von Parkanlagen, Sport- und Freizeitflächen.

Ziel muss sein, dass alle Bürgerinnen und Bürger voller Überzeugung sagen können: Ich lebe gerne in dieser Stadt. In Gelsenkirchen!

Natürlich spielen dabei die Gebäude – die Schulen, Verwaltungsgebäude oder prägende Bauwerke wie Schloss Berge, Schloss Horst oder das Musiktheater eine ganz besondere Rolle. Sie sind Orte des Lebens, der Begegnung und der Identifikation.

Damit ist der Zustand kommunaler Liegenschaften auch Ausdruck von Funktionalität und Wertschätzung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist Pflicht und Chance zugleich. Wir wollen daher unsere städtischen Gebäude besser pflegen und auf den Stand der Zeit bringen – mit klarem Konzept, ausreichender Finanzierung und politischem Willen.

Sanierungen und Neubauten müssen professionell geplant und mit Fördermitteln von Bund, Land und EU unterstützt werden. Gleichzeitig müssen wir die Verwaltung effektiver aufstellen, digitaler und fortschrittlicher machen. Eine moderne Stadt braucht eine moderne Verwaltung, die Projekte ermöglicht und Prozesse beschleunigt.

Natürlich werden wir auch den Kampf gegen Schrott- und Problemimmobilien konsequent weiterverfolgen und die Stadterneuerungsgesellschaft (SEG) weiter stärken und perspektivisch weitere Finanzierungsbausteine zuführen.

Konkret setzen wir um:

- Wir werden neue Baugebiete für Ein- Zweifamilienhäuser mit dem Ziel ausweisen, die Eigentumsquote zu erhöhen.
- Eigentumsbildung für junge Familien werden wir forcieren und geförderten Wohnungsbau punktuell ausbauen. Ziel der Stadtplanung bleibt es, über das Stadtgebiet hinweg einen Mix der Wohnformen zu erreichen.
- Durch externe Planung werden wir die Bauverwaltung stärken, effizienter, moderner und bürger-, sowie investorenfreundlicher gestalten.
- Schrott- und Problemimmobilien werden konsequent angegangen. Sanierung oder Abriss sollen die Wohnqualität erhöhen und Flächen für neue Nutzungen verfügbar machen.
- Innovationscampus: Das Gelände der ehemaligen Polizeiwache wollen wir zum Technologie- und Wissenschaftsstandort entwickeln.
- Die Sanierung und der Neubau von Schulen und weiteren öffentlichen Gebäuden hat bei der städtischen Hochbauplanung höchste Priorität.
- Neue Wohntrends wie Holzbauweise, Tiny-Houses und dem neuen Gebäudetyp E (für einfaches Bauen) werden wir unterstützen.
- Private Denkmalbesitzer müssen besser über Fördermöglichkeiten informiert werden. Die Ausweisung neuer Denkmäler werden wir künftig deutlich restriktiver handhaben.
- Wir werden die Einrichtung eines Zentren-nahen Wohnheims für Studierende und / oder Azubis forcieren.
- Mit einer kommunalen Stellplatzsatzung sollen Bauhemmnisse reduziert werden, um unterschiedliche Mobilitätsbedarfe zu berücksichtigen.

- Die Sanierung des Stadtbauraums und der Immobilie Schloss Berge soll unter Einbeziehung von Landesfördermitteln angegangen werden.
- Das Förderprogramm für PV-Anlagen auf Privatgebäuden setzen wir fort.
- Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Erleichterungen, die das Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung vorsieht, nach Änderung der Bauordnung NRW vollumfänglich und insbesondere inklusive der Genehmigungsfiktion (§ 246e BauGB) in Gelsenkirchen umgesetzt werden.

6. Mobilität

Die Kooperationspartner verstehen Mobilität als wesentlichen Bestandteil der Lebensqualität und der kommunalen Daseinsvorsorge. Ziel ist eine multimodale Mobilitätsentwicklung, bei der alle Verkehrsträger gleichberechtigt berücksichtigt werden. Mobilität soll verbessert, verlässlich organisiert und zukunftsfähig sein.

Dabei orientieren sie sich an übergreifenden Grundsätzen, die eine ausgewogene und zukunftsfähige Mobilitätsentwicklung gewährleisten sollen.

Zentrales Leitbild ist die gleichberechtigte Berücksichtigung aller Verkehrsmittel, also des motorisierten Individualverkehrs ebenso wie des öffentlichen Personennahverkehrs, des Radverkehrs und des Fußverkehrs. Dabei steht nicht eine bestimmte Mobilitätsform im Vordergrund, sondern die tatsächlichen Mobilitätsbedarfe der Bevölkerung, an denen sich Planung und Maßnahmen konsequent ausrichten.

Gleichzeitig werden Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Umsetzbarkeit als zentrale Kriterien für verkehrspolitische Entscheidungen herangezogen. Maßnahmen sollen nicht nur fachlich sinnvoll, sondern auch realistisch finanziert und praktisch durchführbar sein. Ein weiterer wichtiger Grundsatz ist die transparente Planung unter Einbindung aller relevanten Akteure. Politik, Verwaltung, Anwohnerinnen und Anwohner sowie weitere Beteiligte sollen frühzeitig und nachvollziehbar in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, um Akzeptanz zu schaffen und unterschiedliche Perspektiven zu berücksichtigen.

Schließlich wird die pauschale Einschränkung einzelner Mobilitätsformen ausdrücklich abgelehnt. Stattdessen soll eine differenzierte und sachorientierte Betrachtung erfolgen, die die jeweiligen Stärken und Anforderungen der unterschiedlichen Verkehrsarten berücksichtigt und auf Ausgleich und Kooperation statt auf Verdrängung setzt.

Konkret bedeutet das für uns die konsequente Umsetzung des Masterplans Mobilität und folgender Punkte:

Straßenverkehr und Infrastruktur

- Umsetzung eines strukturierten Straßenunterhaltungs- und Sanierungsprogramms;
- Prüfung und Einsatz moderner Schlagloch-Sanierungstechniken;
- Verbesserung des Baustellen- und Umleitungsmanagements;
- ergebnisoffene Überprüfung bestehender Verkehrsführungen und -regelungen auf Hauptverkehrsachsen.
- Überprüfung bestehender Vorrang- und Ampelschaltungen im Rahmen einer Gesamtbetrachtung.
- verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Entlastung stark belasteter Straßenräume, insbesondere De-La-Chevallerie-Straße und der Buerschen Innenstadt;
- Prüfung anwohnerfreundlicher Umfahrungs- und Entlastungslösungen.
- Bei der Planung neuer oder umzugestaltender Straßenräume wird Multimodalität berücksichtigt.
- Einbindung der politischen Gremien sowie der Anwohner vor grundlegenden Umgestaltungen von Verkehrsflächen (z. B. Ringstraße).
- Berücksichtigung von Anwohnerinteressen bei Verkehrsraumneuordnungen.
- Prüfung des Einsatzes mobiler Rotlichtüberwachung.
- Stärkung zuständiger Fachbereiche (u. a. Bauordnungs- und Tiefbaubereiche).
- Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit prüfen wir unter Beteiligung aller relevanten Akteure die Einrichtung von Kiss-and-Ride-Zonen und/oder Schulstraßen an Gelsenkirchener Schulen. Pilotprojekte sollen dort, wo es möglich ist, umgesetzt und evaluiert werden, um die Problematik sogenannter „Elterntaxis“ wirksam zu reduzieren.
- Zur Verbesserung des Straßenzustands werden wir die notwendigen finanziellen Mittel und Ressourcen bereitstellen: Wir orientieren uns dabei objektiv an Empfehlungen der

Mittelausstattung für den interkommunalen Vergleich und passen die finanziellen Planungen sukzessive und stringent daran an.

- Die Höchstgeschwindigkeiten auf Gelsenkirchener Straßen sind für uns weiterhin 50 bzw. 70 km/h. Von den erweiterten Möglichkeiten zum Lückenschluss bei Tempo-30-Strecken machen wir nur im begründeten Einzelfall Gebrauch.

Öffentlicher Personennahverkehr

- Verbesserung von Taktung, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Sauberkeit und Barrierefreiheit.
- Überprüfung einzelner Linienführungen und Takte (z. B. Anbindung von Schulstandorten).
- Aktive Rolle der Verwaltung bei der Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots, auch in Zusammenarbeit mit anderen Aufgabenträgern wie beispielsweise dem VRR.
- Beteiligung an regionalen und überregionalen Zielkonzepten (z. B. Zielnetz 2040 des VRR).
- Den weiteren Ausbau des SPNVs sehen wir ausschließlich bei vollständiger Finanzierung und nachgewiesener Wirtschaftlichkeit. Unter diesen Voraussetzungen verfolgen wir weiterhin den Ringschluss der 301 in der Streckenführung über die Feldmark.
- Bessere Anbindung der Westfälischen Hochschule an den ÖPNV beispielsweise durch On-Demand.

Parken und ruhender Verkehr

- Entwicklung eines ausgewogenen Parkraumkonzepts. Ziel: Entlastung von Anwohnern sowie Sicherstellung ausreichender Parkmöglichkeiten.
- Überprüfung der Auslastung bestehender Park-and-Ride-Anlagen.
- Ausbau und qualitative Verbesserung von Parkmöglichkeiten und Parkhäusern.
- Anpassungen von Parkgebühren nur im Zusammenhang mit Qualitätssteigerungen der Parkangebote.
- Die Gebühren für das Anwohnerparken passen wir im Rahmen eines Inflationsausgleichs seit der letzten Anpassung an.

Fahrradverkehr

- Lückenschlüsse im bestehenden Radverkehrsnetz;

- Prüfung und Weiterentwicklung einer leistungsfähigen Nord-Süd-Verbindung;
- Abstimmung von Radverkehrsmaßnahmen mit Nachbarstädten;
- Unterstützung der Verwaltung bei Abstimmungen mit der Deutschen Bahn, insbesondere bei Querungen und Trassen.
- Wir prüfen die Einrichtung von Fahrradstraßen an geeigneten Stellen und unter Beteiligung der Anlieger. Außerdem prüfen wir, ob die bestehenden Fahrradstraßen die Fahrqualität für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer so verbessern, dass die Straßen frequentiert werden und verbessern die Qualität entsprechend.
- Wir wollen Einbahnstraßen für den Radverkehr öffnen, dort wo es rechtlich zulässig ist und Sicherheitsbedenken dem nicht entgegenstehen.
- Wir entwickeln den Fahrradbeauftragten zu einem Modal-Split-Beauftragten.

Neue Mobilitätsformen und Zukunftsthemen

- Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektromobilität.
- Förderung und Weiterentwicklung von Car-Sharing Angeboten, auch im überregionalen bzw. interkommunalen Kontext.
- Wir setzen uns für den Ausbau s.g. Mobility Hubs ein.
- Im Zuge der Vorstellung der Machbarkeitsstudie der Seilbahn soll bei positivem Förderbescheid eine entsprechende Streckenführung geplant werden.

7. Klima, Energie und Umwelt

Gelsenkirchen ist eine grüne und vielfältige Stadt mit viel Natur. Dieses Potenzial gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln, damit auch kommende Generationen hier ein lebenswertes Umfeld vorfinden.

Die vergangenen Sommer haben deutlich gezeigt, dass die Folgen des Klimawandels längst auch in Gelsenkirchen spürbar sind. Hitzeperioden, Starkregen und extreme Wetterereignisse stellen die Stadt vor große Aufgaben, die entschlossen angegangen

werden müssen. Dafür braucht es Mut, Veränderungsbereitschaft und vor allem konkrete, wirksame Maßnahmen.

Im Mittelpunkt steht die Stärkung der Klimaresilienz. Durch eine kluge Stadtentwicklung, moderne Baustandards und eine leistungsfähige Infrastruktur soll Gelsenkirchen widerstandsfähiger gegen Hitze, Starkregen und andere Klimafolgen werden.

Dauerhaft wirksame bauliche und technische Lösungen spielen dabei eine zentrale Rolle: klimapositives Bauen, das Schwammstadtprinzip, Regenwasserrückhalt, Dachbegrünungen und gezielte Verschattung dort, wo sie sinnvoll und effizient umsetzbar sind.

Konkret setzen wir um:

- Wir bekennen uns zum Ziel der stadtweiten Klimaneutralität bis 2045. Wir setzen auf einen regelmäßigen und klaren Fortschrittsbericht zu den Maßnahmen aus dem Klimakonzept der Stadt sowie auf aktive Beteiligung am Sanierungsfahrplan für städtische Immobilien als Evaluation der Erreichung der Klimaziele.
- Bestehende Bürokratie bei der Umsetzung des Beschlusses zum Klimanotstand werden wir reduzieren.
- Wir wollen in Gelsenkirchen Naturflächen ausbauen und mit Klimaanpassungsmaßnahmen dem Einfluss des Klimawandels in unserer Stadt entgegenwirken.
- „Mehr Natur in die Stadt“ verstehen wir als Handlungsauftrag. Grünflächen sollen gepflegt werden, womöglich neu angelegt werden.
- Regenwasserrückhalt, Versickerungsflächen und Begrünung gezielt verankern (Schwammstadtprinzip);
- wir reduzieren Bodenversiegelung. Versiegelung durch Bebauungen sollen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Perspektivische ist der Anteil der entsiegelten Flächen zu erhöhen.
- Dach- und Fassadenbegrünung ist wichtiges Element der Begrünungsoffensive für Gelsenkirchen.
- Zusätzliche Trinkwasserspender im öffentlichen Raum installieren.
- Mit der Internationalen Gartenausstellung 2027 (IGA 2027) und der weiteren Emscher Renaturierung gehen wir einen weiteren großen Schritt auf den Weg Gelsenkirchen und das Revier zur grünsten Industrieregion der Welt zu machen.

- Umweltbewusstsein bei Kindern und Jugendlichen durch Bildungsarbeit in Kitas und Schulen fördern. „Blaues Klassenzimmer“.
- Hochbeete an Schulen und im öffentlichen Raum fördern. Bürgerschaftliches Engagement unterstützen.
- Gießpatenschaften, Umweltdiplom und Bäumeprogramm werden wir beibehalten.
- Ausbau von erneuerbaren Energien wie Wind, Solar Wasserstoff, Speicherrungen als Chance für die Zukunft begreifen. Dabei berücksichtigen wir besonders den beschleunigten Ausbau der städtische Gebäude mit PV Anlagen, da wo es möglich ist.
- Prüfung der Weiterentwicklung von Kläranlagen durch Einsatz einer vierten Reinigungsstufe.
- Begleitung der Gelsenkirchener Landwirte. Landschaftsplanung, Landschaftsschutz sollen nicht im Gegensatz zu wirtschaftlichen Interessen stehen.
- Wir werden Schallemissionen-Messungen entlang der Autobahnen in Gelsenkirchen vornehmen: Bei Überschreitung der Grenzwerte werden wir unseren Rechtsanspruch auf aktiven und passiven Lärmschutz gegenüber dem Land NRW und der Autobahn GmbH des Bundes entsprechend unseres Lärmaktionsplanes durchsetzen und ggf. die Aufnahme Gelsenkirchens ins Bundes-Lärmsanierungsprogramm beantragen.

8. Arbeit und Soziales

Wir setzen uns für die Stärkung und nachhaltige Integration von Menschen in den ersten Arbeitsmarkt ein. Die Stabilisierung und der Erhalt des Sozialen Arbeitsmarktes sind dabei ein zentraler Baustein zur erfolgreichen Integration in den regulären Arbeitsmarkt. Arbeitslosigkeit bekämpfen wir unter anderem durch gezielte Bildung, Qualifizierung sowie eine wirksame Strukturpolitik und berücksichtigen dabei auch Menschen mit Behinderung.

Familien und Kinder brauchen frühzeitige Förderung, verlässliche Betreuung und gute Bildungschancen – unabhängig von Herkunft und Förderung. Sprachkompetenz ist eine Grundlage für Teilhabe. Die Bildungsketten von der Kita über Schule bis in die Ausbildung und den Beruf müssen bruchfrei und leistungsfähig sein, um auch für gefährdete Jugendliche den Wiedereinstieg ins Schulsystem zu ermöglichen.

Alle Generationen sollen bedarfsgerecht versorgt sein und aktiv am Stadtleben in den Quartieren teilhaben können.

Konkret setzen wir um:

Bereich Arbeit

- Arbeitslosigkeit bekämpfen wir durch Bildung, (Nach-)Qualifizierung und eine aktive, sozial gerechte Strukturpolitik.
- Durch Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir Frauen und Alleinerziehende nachhaltig auf dem Arbeitsmarkt platzieren. Diese Gruppe braucht einfache Zugänge zu Hilfe, Beratung und Entlastung im Alltag. Wir wollen mit den handelnden Akteuren kooperieren und innovative Projekte auf den Weg bringen.
- Familiäre Pflichten dürfen niemanden vom Arbeitsmarkt ausschließen. Wir erwarten, dass die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin familienfreundliche Arbeitsmodelle und gute Weiterbildungsmöglichkeiten anbietet.
- Perspektiven für junge Menschen schaffen: Ausbildung, Zugang zum Arbeitsmarkt und Jugendförderung müssen ausgebaut werden, damit besonders junge Menschen in Gelsenkirchen eine echte Zukunftsperspektive haben.
- Konsequente Weiterentwicklung des Gelsenkirchener „Zukunftsprogramms Arbeit“ als zentrales Instrument aktiver Arbeitsmarktpolitik.
- Regelmäßiger Austausch zwischen Stadt, Sozialpartnern (wie IHK, Handwerk, DGB), der Arbeitsagentur, dem Jobcenter und der Wirtschaftsförderung. Dadurch stärken wir die zielorientierte Zusammenarbeit der Akteure.
- Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere durch verbindliche Einführung einer Berufsorientierung ab der 5. Klasse.
- Fachkräfteinitiativen (z. B. Pflege) vor Ort unterstützen, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Bereich Soziales / Soziale Teilhabe

- Wir bekennen uns zu einer vielfältigen Trägerlandschaft in unserer Stadt und werden diese auch weiterhin stärken. Wir führen transparente und bedarfsorientierte Förderstrukturen weiter und evaluieren sie. Wir regen gemeinsame Qualitätsstandards unter Wahrung der Eigenständigkeit der Träger an, um schlagkräftigere Strukturen zu entwickeln. Wir erwarten von allen Trägern, die öffentliche Gelder erhalten, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dazu gehören für uns ebenfalls die

Wertschätzung von europäischen Traditionen als auch die Achtung individueller Freiheitsrechte.

- Ausweitung und Verfestigung der sozialen Quartiersarbeit. Zusammenarbeit in den Stadtteilen und Quartieren fördern. Familien sollen Betreuungsplätze und Freizeitangebote in ihren Quartieren finden. Einsamkeit im Alter, aber auch Kinder-/Altersarmut mit Projekten und (Förder-) Programmen bekämpfen.
- Ehrenamt stärken: verbesserte Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und gezielte Förderung von Vereinen und Initiativen.
- Barrierefreie Stadtgestaltung optimieren.
- Wir unterstützen kommunale Initiativen, die in Notfällen dabei helfen, Tierarztkosten aufzufangen.
- Optimierung der Verwaltungsarbeit mit dem Ziel, die Bearbeitung von Anträgen (z. B. Schwerbehinderung, Wohngeld etc.) auf den Landesdurchschnitt zu verkürzen.
- Mit der Arbeit der kommunalen Beratungsstelle für Sozialversicherungsfragen stärken wir soziale Teilhabe, verhindern Fehlentscheidungen und entlasten Verwaltung wie Sozialkassen, solange diese sich nicht zu einem Pull-Faktor entwickelt. Damit bündeln wir Expertise vor Ort und verbessern die Zugänglichkeit insbesondere für vulnerable Gruppen.
- Wir setzen bei den Vergabерichtlinien auf die Kriterien Qualität, Innovation und Trägervielfalt, um Demokratie zu stärken und für neue oder unterrepräsentierte Träger bei gleichen Qualitätsstandards eine Chance zu wahren.

9. Gesundheit und Pflege

Gesundheit ist für uns weit mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Sie entsteht im Alltag im Wohnviertel, in der Schule, am Arbeitsplatz – und begleitet jeden Menschen von der Geburt bis ins hohe Alter. Deshalb setzen wir auf eine Gesundheitsförderung, die alle Lebensphasen umfasst: von Gesundheitsbildung in Kitas und Schulen über Bewegungsangebote für Jung und Alt bis hin zu guten Arbeitsbedingungen sowie breit zugänglichen Vorsorge- und Präventionsangeboten. Medizinische Versorgung muss wohnortnah, modern und gut erreichbar sein. Gleichzeitig fördern wir Strukturen, die unterstützen, bevor Krankheit überhaupt entsteht – etwa durch gezielte kommunale Präventionsprogramme, die Vernetzung relevanter Akteure und den Ausbau psychosozialer Angebote.

Auch der demografische Wandel stellt uns vor Herausforderungen. Eine älter werdende Gesellschaft braucht nicht nur eine verlässliche Pflege, sondern vor allem aktive Gesundheitsförderung und gesellschaftliche Teilhabe. Gesundheit ist für uns kein Luxus, sondern ein fundamentales Menschenrecht und eine gemeinsame Aufgabe.

Konkret setzen wir um:

- Wir werden kommunale Fachkräfteinitiativen unterstützen bzw. initiieren, die Pflegekräfte gezielt in Gelsenkirchen ausbilden und halten.
- Wir werden die Digitalisierung in städtischen Pflege- und Gesundheitseinrichtungen fördern, um Arbeitsprozesse zu erleichtern und mehr Zeit für Menschen zu schaffen.
- Wir stärken die Zusammenarbeit von Stadt, Kliniken und sozialen Trägern für eine wohnortnahe Versorgung insbesondere älterer Menschen, beispielsweise auch durch sog. Community Health Centers.
- Wir fordern mehr Mittel für die Förderung psychischer Gesundheit (auch im Rahmender medizinischen Pflichtversorgung) – insbesondere für Kinder, Jugendliche und Alleinstehende.
- Wir fordern die Einrichtung einer Institutsambulanz für Kinder und Jugendliche.
- Wir werden Gesundheitsbildung an Schulen und Kitas systematisch ausbauen, um Kinder früh für Bewegung, Ernährung, Hygiene und psychisches Wohlbefinden zu sensibilisieren.
- Wir setzen uns für die Einrichtung eines kommunalen Präventionsnetzwerks ein, das Akteure aus Gesundheit, Bildung, Sport und Sozialarbeit besser vernetzt.
- Wir fördern Bewegungsräume im öffentlichen Raum – durch generationenfreundliche Sport- und Fitnessangebote in Parks und Quartieren, zum Beispiel als inklusiver Mehrgenerationen-Spielplatz am ZOB und durch Unterstützen der Vereine in Gelsenkirchen.
- Wir unterstützen Haus- und Facharztmodelle, um eine flächendeckende Versorgung langfristig zu sichern – besonders in unversorgten Stadtteilen. Es gilt, die medizinische und pflegerische Versorgung sicherzustellen.
- Wir machen uns stark für betriebliches Gesundheitsmanagement in kleinen und mittleren Unternehmen. Daher unterstützen wir kleine und mittlere Unternehmen bei ihrem betrieblichen Gesundheitsmanagement durch die Wirtschaftsförderung.

- Wir unterstützen die Leistungsfähigkeit unserer diversifizierten Kliniklandschaft.
- Wir setzen auf Impulse wie die Ersthelfer-App.
- Wir stärken die Gewaltprävention im Gesundheits- und Rettungswesen
- Wir prüfen ein Werbeverbot für Alkohol, Tabak, E-Zigaretten, Cannabis und Glücksspiel für alle städtischen Werbeflächen. Im Gegenzug unterstützen wir Präventionsprogramme zur allgemeinen Gesundheitsförderung und Information zur Suchtberatung.
- Wir wollen neue Angebote bei Suchtverhalten prüfen.
- Wir wollen auch die Teilhabe von Kindern mit Behinderung stärken und fördern Bewegungs- und Kommunikationsräume – durch inklusive und generationenübergreifende Sport- und Fitnessangebote in Parks und Quartieren und unterstützen die Initiative zur Errichtung eines „Inklusiven Mehrgenerationenspielplatzes am ZOB“.

10. Sport

Sport ist für uns weit mehr als Freizeitgestaltung – er steht für Zusammenhalt, Gesundheit, Integration und Lebensfreude. In Gelsenkirchen engagieren sich über 200 Vereine mit unzähligen Ehrenamtlichen und tragen täglich zum Miteinander in unserer Stadt bei. Sie schaffen Gemeinschaft, fördern Talente und leisten unverzichtbare Jugendarbeit. Wir stehen fest an der Seite dieser Sportfamilie. Es ist unser Anspruch, die Vereinslandschaft zu stärken, zu entlasten und zukunftsorientiert zu machen. Zugleich setzen wir uns für eine vielfältige Sportlandschaft ein – für klassischen Vereins- und Breitensport genauso wie für neue Trendsportarten oder Outdoor-Angebote für Individualsport. Gerade eine Stadt mit Imageproblemen wie Gelsenkirchen profitiert besonders von einem vielfältigen und sichtbaren Sportangebot. Wir sehen Sport als Querschnittsaufgabe und auch Teil der Stadtentwicklung. Daneben auch immer als ein Versprechen an die Menschen in unserer Stadt: auf Teilhabe, Bewegung und Begegnung. Sport ist für uns keine Nebensache, sondern eine der tragenden Säulen unserer Stadtgesellschaft.

Konkret setzen wir um:

- Wir begleiten die Sportentwicklungsplanung aktiv, konstruktiv und mit ausreichenden personellen sowie finanziellen Ressourcen. Ziel ist ein transparenter Sportstättenplan mit klaren Kriterien und Prioritäten, der Ausbau-, Sanierungs- und Neubedarf abbildet und quartalsweise im Ausschuss berichtet wird. Dabei werden auch die Vereine regelmäßig

informiert. Den bestehenden Sanierungsstau bauen wir priorisiert und – wo sinnvoll – mit externer Unterstützung ab. Ein zentraler Baustein ist die bedarfsgerechte Kunstrasenoffensive, um Trainings- und Spielbetrieb langfristig sicherzustellen. Gleichzeitig setzen wir auf multifunktionale Sport- und Veranstaltungsanlagen, um Flächen effizient zu nutzen und flexibel auf neue Anforderungen reagieren zu können.

- Sport darf kein Randthema sein. Wir bekennen uns klar zur Sportstadt Gelsenkirchen und verleihen dem Sport eine höhere politische und organisatorische Priorität. Dafür richten wir ein eigenes Referat Sport ein und stellen die Sportverwaltung zukunftsfähig auf – mit qualifiziertem Personal, klaren Zuständigkeiten und ausgeprägter Servicementalität für Vereine und Initiativen.
- Das Ehrenamt ist das Rückgrat des Sports. Wir entlasten Ehrenamtliche durch weniger Bürokratie, feste Ansprechpartner und intensiveren Austausch. Gleichzeitig stärken wir das Ehrenamt finanziell und inhaltlich, insbesondere im Bereich der Qualifizierung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern. Bestehende Anerkennungsinstrumente wie Ehrenamtsformate (z.B. die Ehrenamtskarte) werden weiterentwickelt und ausgebaut.
- Wir fördern Sportarten in ihrer ganzen Vielfalt – vom Breiten- über den Leistungs- bis zum Spitzensport – und lassen keine Randsportart außer Acht. Unser Fokus liegt dabei ausdrücklich auf Inklusion, Diversität und Demokratie. Leistungs- und Spitzensport unterstützen wir gezielt, indem die Stadt notwendige Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen zur Sicherstellung von Liga- und Meisterschaftsbetrieb bereitstellt.
- Wir ermöglichen niedrigschwellige Bewegungsangebote im öffentlichen Raum und auf Sportstätten, etwa durch Sportboxen, Bewegungsparks und Outdoor-Trainingsflächen. Ziel ist es, Bewegung frühzeitig zu fördern und wohnortnah zugänglich zu machen. Sport wird so ein selbstverständlicher Teil des Alltags in allen Quartieren.
- Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, OGS und Sportvereinen wird systematisch ausgebaut. Sportvereine werden stärker in den Ganztag eingebunden, um Bewegung, soziale Kompetenzen und Talente frühzeitig zu fördern und den Nachwuchs für den Vereinssport zu gewinnen.
- Jedes Kind muss schwimmen lernen können. Wir schaffen dafür die notwendigen Voraussetzungen, beziehen innovative Konzepte anderer Kommunen sowie mobile Angebote ein und berücksichtigen die Bedarfe der Vereine und der Bevölkerung bei zukünftigen Entscheidungen – insbesondere im Zusammenhang mit einem möglichen Neubau des Sportparadieses.

- Wir identifizieren spätestens 2026 eine bedarfsgerechte Sportstätte für Trendsportarten, um neue Zielgruppen anzusprechen und moderne Sportformen zu fördern. Dabei prüfen wir gezielt auch spezifische Bedarfe, etwa für American Football.
- Wir planen eine Multifunktionshalle, die sowohl dem Sport als auch kulturellen Veranstaltungen dient. Ziel ist eine leistungsfähige Infrastruktur mit einer Kapazität von mindestens 2.500 Besucherinnen und Besuchern nördlich des Kanals.
- Wir bekennen uns zu Gelsenkirchen als Austragungsort nationaler und internationaler Sportevents. Ergänzend fördern wir Veranstaltungen und innovative Sportprojekte mit überregionaler Strahlkraft – beispielsweise im Bereich des eSports sowie des Eissports oder die Ansiedlung eines BMX-Leistungszentrums. Gleichzeitig stärken wir die Transparenz bei großen Investitionen durch frühzeitige Information und Beteiligung von Vereinen und Bürgerschaft. Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene wollen wir aktiv ausbauen, einwerben und auf kommunaler Ebene transparent sowie effizient nutzen.

11. Kultur

Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil eines lebendigen, demokratischen und solidarischen Zusammenlebens und trägt zur Lebensqualität in unserer Stadt bei. Sie fördert Kreativität, Bildung und Austausch, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt Ausgrenzung sowie Intoleranz entgegen. Zugleich ist Kultur Motor für Stadtteilentwicklung, demokratische Bildung und eine offene, vielfältige Stadtgesellschaft.

Wir setzen uns für eine demokratische, weltoffene und zugängliche Kulturlandschaft in Gelsenkirchen ein, die bestehende Strukturen stärkt und Raum für neue Ideen bietet. Unser kulturpolitischer Ansatz verbindet die Unterstützung etablierter Kulturinstitutionen mit der Förderung der freien Kulturszene, neuer Formate und kreativer Initiativen. Ein besonderer Fokus liegt auf niedrigschwelligem, mobilen und dezentralen Angeboten in den Quartieren, die Menschen vor Ort und Nachbarschaften erreichen und kulturelle sowie demokratische Bildung, insbesondere für Kinder und Jugendliche, auch in Kitas und Schulen, in den Mittelpunkt stellen. Kulturpädagogische und digitale Angebote sind dabei selbstverständlicher Bestandteil zeitgemäßer Kulturarbeit.

Unser Ziel ist es, Kultur in allen Teilen Gelsenkirchens sichtbar, erlebbar und zugänglich zu machen. Zudem wollen wir sie stärker vernetzen und als festen Bestandteil der Stadtteilentwicklung verankern. Die folgenden Maßnahmen konkretisieren diesen Anspruch:

Konkret setzen wir um:

- Wir beabsichtigen, die Strukturförderung im Kulturbereich auszubauen und weiterzuentwickeln. Dabei sollen nach Möglichkeit auch Initiativen wie der Kulturbiergarten oder Rock am Dom berücksichtigt werden.
- Wir beabsichtigen, dem Kulturbeirat der Freien Kulturszene in seiner Funktion als legitimierte Vertretung der Szene einen ständigen beratenden Sitz im Kulturausschuss einzurichten.
- Wir wollen prüfen, inwieweit ein Kultur-Botschafter-Programm ins Leben gerufen werden kann, um mithilfe von Kulturvermittlern mehr Menschen für die vielfältigen Kulturangebote in Gelsenkirchen zu begeistern.
- Wir begleiten weiterhin die Umsetzung der Maßnahmen des Kulturentwicklungsplans, einschließlich des derzeit in Arbeit befindlichen Kulturkatasters zur strukturierten Bestandsaufnahme aller Kulturore in der Stadt. Daraus soll auch die Einrichtung einer Kultur-Immobilienbörse als zentrale Drehscheibe für die auch temporäre künstlerische und kulturelle Nutzung leerstehender Räume im Stadtgebiet Gelsenkirchen erwachsen.
- Wir beabsichtigen, Gelsenkirchener Jugendlichen zu einem festgelegten Stichtag ein Gutscheinheft für lokale Kulturangebote zur Verfügung zu stellen.
- Wir beabsichtigen, die Street-Art-Offensive fortzusetzen und weiterzuentwickeln.
- Wir unterstützen das Kreativer. Quartier Ückendorf rund um die Bochumer Straße als Standort für Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft.
- Wir stehen zu unseren städtischen Kulturinstitutionen, wie etwa dem Kunstmuseum oder dem Musiktheater im Revier. Mit Blick auf die Haushaltslage der Stadt erwarten wir proaktive Offensiven zur Besuchersteigerung: Hier wünschen wir uns z.B. eine Beteiligung der Akteure bei Stadt- und Quartiersfesten, um potenzielles Publikum emotional abzuholen, Distanz zu verringern und Teilhabe zu ermöglichen.
- Wir beabsichtigen, die konservatorische Reinigung der Yves-Klein-Reliefs sowie die erforderlichen Instandhaltungsarbeiten möglichst zeitnah umzusetzen, um deren nachhaltigen Erhalt sicherzustellen.
- Wir begrüßen die Arbeit der Heimatvereine in unserer Stadt: Wir stehen hinter der Einrichtung eines Heimatmuseums, in dem Themen wie Stadtgeschichte, die Sammlung Gelsenkirchener Barock, der Bergbau und Industrie, sowie weitere identitätsstiftende

Inhalte zusammengeführt werden. Bei entsprechender Landesförderung werden wir die Kulturverwaltung mit Konzeption und Umsetzung beauftragen. Dabei soll die Ausgestaltung nicht nur die Stadtbevölkerung, sondern auch das touristische Interesse ansprechen.

12. Demokratie und Gesellschaft

Eine demokratische Stadt ist nur dann stark, wenn alle Menschen sichtbar, sicher und gleichberechtigt teilhaben können. Unterschiedliche Lebensentwürfe, Identitäten, Herkünfte und Fähigkeiten sind kein Problem, das verwaltet werden muss, sondern eine Stärke, die politisch anerkannt und geschützt gehört.

Gelsenkirchen ist vielfältig. Diese Vielfalt bringt Chancen, aber sie macht auch bestehende Ungleichheiten sichtbar. Diskriminierung, Ausgrenzung und strukturelle Benachteiligung sind keine Einzelfälle, sondern Teil des Alltags vieler Menschen. Inklusion bedeutet für uns mehr als gute Absichtserklärungen. Sie heißt, Barrieren konsequent abzubauen: in Bildung, Arbeit, Verwaltung, im öffentlichen Raum und im digitalen Zugang.

Wir setzen auf Prävention, klare Regeln und eine handlungsfähige Verwaltung. Wir widersprechen entschieden jeder Form von Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und rechter Hetze. Denn Zusammenhalt entsteht nicht durch Anpassung nach unten, sondern durch gleiche Rechte und Chancen für alle.

Inklusion

Wir werden weiter einen konsequenten barrierearmen Aus- und Umbau unserer Stadt vorantreiben. Dazu gehört für uns vor allem der Umbau der Haltestelle „Veltins-Arena“ den wir endlich umsetzen werden. Dies schafft Teilhabe für die vielen großen Veranstaltungen in unserer Stadt. Wir werden ebenfalls den Aktionsplan Inklusion weiter vorantreiben.

Gewaltschutz

Wir stehen für ein sicheres Gelsenkirchen, in dem alle Menschen sicher vor Gewalt sind. Die steigenden Zahlen häuslicher Gewalt bereiten uns große Sorgen. Aufgrund dessen werden wir Sachmittel zur Umsetzung der Istanbul-Konvention bereitstellen, soweit dies kommunale Aufgaben umfasst. Wir bekennen uns zur Anonymen Spurensicherung (ASS) und der Vertraulichen Spurensicherung (VSS) und wollen diese fortführen, um Opfer von sexualisierter Gewalt bei der Geltendmachung ihrer Rechte zu unterstützen. Wir bekennen

uns darüber hinaus zu Maßnahmen gegen partnerschaftliche/häusliche Gewalt sowie Femizide. Dies bedeutet für uns in erster Linie Schutzräume und Beratungsstellen für Frauen und Mädchen zu sichern.

Gleichberechtigung

Wir wollen ehrenamtliche Kommunalpolitik weiter unterstützen und die Rahmenbedingungen so attraktiv gestalten, dass Menschen in allen Lebensphasen bei der Ausübung ihres Mandates bestmöglich unterstützt werden, um Menschen so für die Kommunalpolitik zu begeistern.

Wir prüfen eine Fortführung der Bereitstellung von Menstruationshygiene-Produkten in öffentlichen Gebäuden.

Vielfalt

Wir werden den Aktionsplan LSBTIQ* evaluieren und weiterentwickeln. Dies beinhaltet für uns die Evaluierung und Verfestigung der kultursensiblen und psychosozialen Beratungsstelle für queere Menschen.

Wir setzen auf die inklusive Wirkung von Sprache und setzen daher im Verwaltungshandeln und der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt die Regeln des Instituts für Deutsche Rechtschreibung ausnahmslos durch

Wir stehen für:
starke Demokratie,
gesteuerte Integration,
und einen stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir wollen lebenswerte, saubere und gut erreichbare Sozialräume, in denen Beratung, Prävention und Teilhabe zusammen gedacht werden. Familien und Kinder brauchen frühzeitige Förderung, verlässliche Betreuung und gute Bildungschancen – unabhängig von Herkunft und Einkommen. Alle Generationen sollen gut versorgt sein und aktiv am Stadtleben teilhaben können. Wir wollen: Angebote bündeln, Akteure vernetzen, Daten nutzen, Zielgruppen erreichen und Ressourcen und Wirksamkeit intelligent lenken. Damit entsteht eine klare kommunalpolitische Orientierung, die nicht nur Probleme benennt, sondern konkrete Lösungen anbietet und die Zukunft der Stadt aktiv gestaltet.

Demokratie gelingt, wenn alle Zielgruppen gehört werden. Dazu gehören Kinder, Jugendliche, Menschen mit Migrationsgeschichte und ältere Menschen. Gelsenkirchen steht vor tiefgreifenden sozialen, strukturellen und demografischen Herausforderungen und Chancen. Hohe soziale Belastungen, komplexe Migrationsdynamiken und ein erheblicher Investitionsstau beeinflussen das Leben vor Ort. Gleichzeitig bietet die Stadt Potenziale und muss attraktiv für qualifizierte Arbeitskräfte sein.

Eine lebendige Demokratie beginnt mit politischer Bildung und Beteiligung im Alltag. Schulen, Jugendhilfe und lokale Institutionen spielen eine zentrale Rolle bei der Wertevermittlung, bei Respekt und beim Verständnis von Staat und Gesellschaft. Die strategischen Handlungsfelder Demokratie, Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt bilden den Rahmen.

Konkret setzen wir um:

- Bürgerfreundliche Verwaltung heißt da zu sein, wenn diese gebraucht wird: Die Öffnungszeiten der Bürgercenter gilt es bürgerfreundlicher zu gestalten.
- Die kommunale Demokratie lebt von Öffentlichkeit und konstruktiven Debatten: Wir werden daher die Arbeit in den kommunalen Gremien, die öffentliche Beteiligung stärken und bisherige Ansätze wie den Livestream der Ratssitzungen kritisch auf den Prüfstand stellen, evaluieren und weiterentwickeln.
- Wir bekämpfen jede Art von Extremismus. Wir setzen deshalb auf Aufklärung und Bildung gegen Links- und Rechtsextremismus, gegen Islamismus und alle andere Formen von Extremismus und fördern nur Projekte, die ihre Wirksamkeit auch unter Beweis stellen.
- Wir fordern die Berücksichtigung bestehender Integrationslasten Gelsenkirchens beim sog. Königsteiner Schlüssel und setzen uns bei Bund und Land genau dafür ein. Gelsenkirchen muss in Land und Bund als Stimme für überbelastete Kommunen auftreten.
- Wir werden die erfolgreiche Schulung zur Kultursensibilität in der Kernverwaltung und in den Behörden konsequent fortführen und weiter ausbauen. Ziel ist es, die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeitenden nachhaltig zu stärken, um den professionellen Umgang mit allen Bürgerinnen und Bürger zu verbessern
- Sprache ist für uns Grundlage: Wir setzen auf frühzeitigen Spracherwerb und verpflichtende Sprachkurse ab dem ersten Tag im rechtlichen und praktischen Rahmen. Sie ermöglichen Chancen und bilden die unverzichtbare Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Daher setzen wir uns dafür ein, dass diese Angebote ausgebaut werden, denn

sie eröffnen individuelle Chancen und bilden die unverzichtbare Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe, Bildungserfolg und Integration in Arbeit und Alltag.

- Wir setzen auf eine umfassende Unterstützung gezielt angeworbener Fachkräfte, um ihnen und ihren Familien, insbesondere durch Vermittlung von Wohnraum oder Unterstützung bei der Eingliederung in unser Bildungs- und Betreuungssystem, um gute Integrationsvoraussetzungen zu schaffen. Ergänzend stärken und erweitern wir Beratungsangebote zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse und bündeln diese Leistungen in einer zentralen One-Stop-Agency.
- Der Zuzug von Menschen ohne Bleibeperspektive muss strikt begrenzt werden zum Schutz der Integrationsfähigkeit vor Ort im Umfang des für uns rechtlichen Rahmens. Alle bundes- und landesrechtlichen Möglichkeiten gilt es dabei vollständig und schnellstmöglich auszuschöpfen, z. B. durch die sofortige und umfassende Einführung der sog. Bezahlkarte.
- Wir setzen uns für eine klare Zuständigkeit und schnellere Verfahren und Rückführungen bei fehlender Bleibeperspektive ein. In kommunaler Zuständigkeit leisten wir jeden Beitrag um konsequente Rückführungen von Personen ohne Bleiberecht zu garantieren. Der Grundsatz der Einzelfallbetrachtung nach Aufenthaltsgesetz bleibt unverändert bestehen.
- Arbeit und geregelte Abläufe sehen wir als wichtige Bausteine für eine gelungene Teilhabe und gesellschaftliche Akzeptanz an. Eine gesetzlich vorgegebene Arbeitsgelegenheit nach § 5 AsylbLG für Asylbewerber werden wir daher um- und durchsetzen.
- Zur Entlastung unserer Schulen werden wir IFÖ-Bedarfe steuern und kapseln. Leeren Plätzen in den IFÖ-Klassen setzen wir eine priorisierte Zuweisung und schnelle Nachbesetzungen entgegen.
- Mit mehrsprachigen Aufklärungs- und Informationskampagnen zu Regeln und Ahndungen setzen wir an Schulen, in Vereinen, in den sozialen Medien aber insbesondere auch vor Ort in den betroffenen Quartieren auf das Signal: Sauberkeit geht uns alle etwas an.
- Förderung und Stärkung von Ehrenamt und sozialer Teilhabe: Ehrenamt leistet einen unverzichtbaren Beitrag und stiftet sozialen Zusammenhalt. Es braucht mehr Wertschätzung, finanzielle Förderung und gute Rahmenbedingungen für Vereine und bürgerschaftliches Engagement.
- Wir stärkten Vielfalt durch klare Integrationsstrategien, Unterstützung von Ehrenamt und Vereinen, Förderung interkultureller Begegnungen, diskriminierungsfreie Teilhabean-

gebote, frühzeitige Bildungs- und Sprachförderung sowie verlässliche Sicherheits- und Ordnungsstrukturen.

- Wir setzen uns für eine Stadtentwicklung ein, die Barrierefreiheit konsequent mitdenkt und Raum für vielfältige Treffpunkte schafft. Diese sollen durch gezielte Projekte und Programme Armut und Einsamkeit wirksam bekämpfen und zugleich die Anliegen von Menschen mit Behinderung systematisch berücksichtigen, um gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen.
- Fördermittel für Migrantenselbstorganisationen werden ausschließlich an demokratisch verfasste, aktiv arbeitende und gesellschaftlich engagierte Organisationen vergeben; rein formale Zusammenschlüsse, religiöse Gemeinden sowie Organisationen ohne nachweisbare Tätigkeit sind von der Förderung ausgeschlossen.
- Wir wollen auch weiterhin Raum für interreligiöse Begegnungen fördern. Der interreligiöse Arbeitskreis, der Integrationspreis und das bestehende Programm zur Demokratieförderung soll beibehalten werden.

13. Haushalt und Finanzen

Ausgeglichene Finanzen sind für uns ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit, damit zukünftige Generationen nicht mit Defiziten aus der Vergangenheit belastet werden. Der Haushaltsplan ist für uns mehr als ein Zahlenwerk, eine verlässliche und transparente Haushaltspolitik ist die Grundlage für eine gute Politik vor Ort.

In finanziell angespannten Zeiten müssen wir mit den vorhandenen finanziellen Mitteln zielgerichtet und zukunftsorientiert umgehen. In Gelsenkirchen wird diese Aufgabe besonders herausfordernd.

Gelsenkirchen hat in der Vergangenheit die finanzielle Konsolidierung ernst genommen, ist aber dennoch massiv von kommunalen Altschulden betroffen. Vor allem Kassenkredite, ursprünglich als kurzfristige Finanzierung gedacht, belasten die Stadt bis heute erheblich und schränken ihre Handlungsfähigkeit stark ein.

Hauptursache hierfür ist die Tatsache, dass in den vergangenen Jahrzehnten von verschiedenen Bundes- und Landesregierungen unserer Stadt viele neue Aufgaben übertragen wurden, jedoch die dafür notwendigen finanziellen Mittel oft nicht vollständig zur Verfügung gestellt wurden.

Die bisherigen Altschuldenregelungen gehen in die richtige Richtung, sind aber bei weitem nicht ausreichend und nur ein Teil der Lösung. Ohne eine klare Reform der Kommunalfinanzen sind sie nur ein Tropfen auf den heißen Stein!

Über das Gemeindefinanzierungsgesetz allein können die Probleme nicht gelöst werden. Die kommunalen Finanzen müssen strukturell verändert werden. Dazu gehört eine faire Finanzausstattung durch Bund und Land - angepasst an die tatsächlichen Lasten und Realitäten vor Ort. Wir brauchen aber nicht nur eine Entlastung, sondern auch eine strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips: Für Aufgaben, die der Stadt von Bund und Land zugewiesen werden, müssen auch die notwendigen Mittel in vollständiger Höhe bereitgestellt werden. Gleichzeitig müssen alle Städte zukünftig wieder mehr Eigenverantwortung haben.

Zukunft gibt es aber nicht zum Nulltarif. Wir müssen wieder in unsere Zukunft investieren können. Dies ist dringend erforderlich und darf nicht auf der Strecke bleiben. Es darf keine Einsparungen auf Kosten der Zukunft geben.

Konkret setzen wir um:

- Bei der Aufstellung des Haushalts verfolgen wir bewusst einen Ansatz, der auf Steuer- und Gebührenstabilität setzt. Bei der Grundsteuer halten wir am Ziel der Aufkommensneutralität für den kommunalen Haushalt fest.
- Statt die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu belasten, richten wir unseren Blick auf die Ausgabenseite. Unser Ziel ist es Prioritäten klar zu definieren, Überflüssiges abzubauen und dort zu investieren, wo es dem Gemeinwohl nachweislich dient. Auf diese Weise wollen wir finanzielle Spielräume schaffen, ohne neue Belastungen zu verursachen und gleichzeitig die Qualität des Handelns zu verbessern.
- Die Kooperation setzt die kommunale Wärmebedarfsplanung als zentrales Steuerungsinstrument zur Erreichung einer klimaneutralen Wärmeversorgung um. Primär stellen wir sicher, dass für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbare Energieversorgung im Mittelpunkt steht. Zudem soll diese wirtschaftlich tragfähig und technisch realisierbar sein.
- Energienetze, insbesondere das Stromnetz, in kommunaler Hand begreifen wir als Daseinsvorsorge und langfristige Investition und Teil des Finanzierungskonzeptes unserer Stadtwerke in den kommenden Jahrzehnten. Jede Veränderung ist daher für uns nur unter langfristigen, wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten und unter Hinzuziehung externer fachlicher Expertise zu bewerten.
- Wir überprüfen die Konzessionsverträge im Energiebereich und erarbeiten eine Strategie, wie die langfristige Zusammenarbeit mit einem externen Partner für die Stadt Gelsenkirchen optimal ausgestaltet werden muss.

- Zuschüsse aus dem kommunalen Haushalt erhalten nur Projekte, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar sind.
- Wir halten grundsätzlich an der Idee der Bezirksforen fest. Die Rahmenbedingungen der Bezirksforen werden wir jedoch reformieren. Hierzu setzen wir auf vollständige Transparenz im Hinblick auf bereits aus anderen Mitteln erhaltenen Fördergelder und Zuschüsse der einzelnen Antragsteller und auf enge politische Begleitung des Prozesses für eine gerechte, transparente und zielorientierte Verteilung der Mittel.
- Wir streben eine ausreichende Mittelausstattung des Tierheimes an, damit dieses seinen Auftrag erfüllen kann.